

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 5. Sitzung vom 3. März 2025 gefasst worden sind:

1. Die 9er-Spezialkommission 2024/16 betreffend Totalrevision des Gesetzes über den Umweltschutz (Einführungsgesetz zum USG) setzt sich wie folgt zusammen: Martin Schlatter (Erstgewählter), Fabian Bolli, Anna Brügel, Vanessa Le Donne, Nicole Herren, Daniel Meyer, Maurus Pfalzgraf, Erich Schudel, Josef Würms.
2. Die 9er- Spezialkommission 2024/16 betreffend Totalrevision des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung setzt sich wie folgt zusammen: Gianluca Looser (Erstgewählter), Leonie Altorfer, Theresia Derksen, Hansueli Graf, Michael Mundt, Angela Penkov, Rainer Schmidig, Roman Suter, Josef Würms.
3. Dem Wunsch der SP-JUSO-GRÜNE-Junge Grüne-Fraktion, in der Spezialkommission 2023/6 «Genehmigung kantonaler Strassenrichtplan» alt Kantonsrat Bruno Müller und alt Kantonsrätin Iren Eichenbe56 : 1 rger durch Irene Gruhler Heinzer und Maurus Pfalzgraf zu ersetzen, wird entsprochen.
4. Dem Wunsch der GLP-EVP-Fraktion, in der Spezialkommission 2024/3 «Änderung des Gemeindegesetzes» alt Kantonsrat René Schmidt durch Rainer Schmidig zu ersetzen, wird entsprochen. In der gleichen Kommission wird dem Wunsch der SP-JUSO-GRÜNE-Junge Grüne-Fraktion entsprochen, alt Kantonsrat Bruno Müller und alt Kantonsrätin Iren Eichenberger durch Marco Passafaro und Patrick Portmann zu ersetzen.
5. Dem Wunsch der SP-JUSO-GRÜNE-Junge Grüne-Fraktion in der Spezialkommission 2024/11 «Teilrevision Steuergesetz (Anteil der Gemeinden an der direkten Bundessteuer)» alt Kantonsrätin Iren Eichenberger durch Irene Gruhler Heinzer zu ersetzen, wird entsprochen.
6. Dem Wunsch der FDP-Die Mitte-Fraktion, in der Spezialkommission 2024/12 «Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz (Globalbudget)» alt Kantonsrat Christian Heydecker durch Diego Faccani zu ersetzen wird entsprochen. In der gleichen Kommission wird dem Wunsch der SVP-EDU-Fraktion entsprochen, Kantonsrat Michael Mundt durch Hermann Schlatter zu ersetzen.
7. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 25. Februar 2025 betreffend Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Kantonsbeitrag an die Kosten der baulichen Erneuerung des Kantonsspitals (Spitalinitiative)» wird der Gesundheitskommission zur Vorberatung zu überweisen

8. Die Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit meldet den Bericht und Antrag betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die BVG- und Stiftungsaufsicht der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Tessin (BVG- und Stiftungskonkordat) verhandlungsbereit.
9. Das Postulat Nr. 2023/14 von Matthias Freivogel vom 11. September 2023 betreffend Ökologischer Schaufelraddampfer auf Untersee und Rhein wird mit Stichentscheid (27 : 27 Stimmen, 3 Enthaltungen) erheblich erklärt.
10. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 5. November 2024 betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die BVG- und Stiftungsaufsicht der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Tessin (BVG- und Stiftungskonkordat) wird beraten.
  - Anhang 1 wird mit 57 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt.
  - Anhang 2 wird mit 56 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt.
  - Anhang 3 wird in erster und 2. Lesung beraten. Der Gesetzesanpassung wird mit 56 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt. Bei 56 an der Abstimmung teilnehmenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 45 Stimmen erreicht. Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum
  - Anhang 4 wird mit 56 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt.
11. Das Postulat Nr. 2023/15 von Lorenz Laich vom 25. September 2023 betreffend Unterstützung von Unternehmungen, welche Berufslehren anbieten wird mit 56 : 1 Stimmen (1 Enthaltungen) erheblich erklärt.
12. Das Postulat Nr. 2023/18 von Isabelle Lüthi und Gianluca Looser vom 6. November 2023 betreffend Stärkung der Kaufkraft von Haushalten mit geringem Einkommen durch eine Energiekostenzulage wird mit 19 : 38 Stimmen (0 Enthaltungen) nicht erheblich erklärt.